

Regierungsratsbeschluss

vom 12. September 2023

Nr. 2023/1464

Vernehmlassung zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes URG (Leistungsschutzrecht für journalistische Veröffentlichungen)
Schreiben an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement, Bern

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes URG (Leistungsschutzrecht für journalistische Veröffentlichungen).

2. Beschluss

Auf Antrag der Staatskanzlei wird die Stellungnahme an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes URG (Leistungsschutzrecht für journalistische Veröffentlichungen) beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement vom 12. September 2023

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei (Kommunikation)
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, 3003 Bern Rechtsetzung@ipi.ch
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)